



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/24254, 18/25367

Krisennummer 117 für psychische Krisen

Der Landtag stellt fest, dass die Krisendienste eine wichtige Säule in der Versorgung von psychischen Notfällen geworden sind und dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren wichtigen Einsatz.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass im Einvernehmen mit den bayerischen Bezirken für ganz Bayern oder möglichst sogar drüber hinaus eine einheitliche, einprägsame, kurze Krisennummer eingerichtet wird. Die Angebote sollten mit anderen bestehenden Angeboten abgestimmt werden. Denkbar und wünschenswert erscheint hier etwa die 117 als Krisennummer. Auch wird gebeten zu prüfen, inwieweit diese weitere Nummer mit zusätzlichen digitalen Möglichkeiten verstärkt werden kann.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident